

INHALT

1. Rader Hochbrücke: CDU-Fraktion fordert 24-Stunden Baustelle und Umleitungsoptimierung
2. Erwartbares Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleich
3. Landwirte, Jäger und Fischer fühlen sich in ihrer Existenz bedroht
4. CDU-Fraktion fordert zielführende Sportförderung
5. CDU-Fraktion zu Gast bei Meeresforschern
6. Nicolaisen auf der Konferenz der Innenminister von CDU und CSU

09.08.2013

Rader Hochbrücke: CDU-Fraktion fordert 24-Stunden Baustelle und Umleitungsoptimierung Regierungsfaktionen streiten um Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Angesichts der Sperrung der Rader Hochbrücke für schwere LKW wird die fehlende klare Linie in der Regierung aus SPD, Grünen und SSW besonders deutlich. Während die CDU-Fraktion mit einem Antrag für die kommende Landtagssitzung (Drucksache 18/1030) eine in der Verantwortung des Landes liegende Umleitungsoptimierung und die Einrichtung einer 24-Stunden-Baustelle forderte, konzentrierten sich die Regierungsfaktionen voll darauf, mehr Mittel aus Berlin zu fordern.

„Die Landesregierung muss sich fragen lassen, wofür es sie gibt. Sie kümmert sich nicht um Probleme, die sie selbst lösen könnte. Und die Probleme, um die sie sich kümmert, kann sie selbst nicht lösen“, so Arp. Die Forderung nach zusätzlichen Mitteln für die Sanierung der Infrastruktur bezeichnete er als peinlich.

„Die Bundesregierung hat die Mittel bereits verdreifacht. Heute sind es 830 Millionen, zu SPD-Verkehrsministerzeiten waren es 330 Millionen Euro. 2014 werden es 950 Millionen sein. Das ist der Unterschied zwischen Schwarz und Rot“, so Arp.

In der Sitzung des Verkehrsausschusses am Mittwoch hatte Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) berichtet, dass für die Sanierung der Brücke immer ausreichend Mittel zur Verfügung gestanden hätten.

Meyer – derzeit Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz – kündigte am Dienstag in einem Wortlautinterview im Hamburger Abendblatt einen einstimmigen Vorschlag der 16 Landesverkehrsminister zur künftigen Verwendung des Solidaritätszuschlages für die Verkehrsinfrastruktur an. Prompt erklärt die Grüne Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben, dass dieser Vorschlag von ihrer Fraktion nicht mitgetragen wird. „Wenn das stimmt, hat Meyer als derzeitiger Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz seine 15 Länderkollegen getäuscht.“

Ministerpräsident Albig ist aufgefordert, für Klarheit zu sorgen“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen daraufhin in Kiel.

Schleswig-Holstein mache sich einmal mehr unglaubwürdig, wenn Regierungsmitglieder ohne Rückendeckung, der die Regierung tragenden Fraktionen verhandelten, betonte er. Der erneute Streit im Regierungslager über die Verkehrspolitik mache einmal mehr deutlich, dass die ständigen Attacken der Landesregierung gegen das Bundesverkehrsministerium lediglich Ablenkungsmanöver seien.

Link Antrag Rader Hockbrücke:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1030.pdf>

Erwartbares Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleich **CDU: Gutachterauftrag ließ kein anderes Ergebnis zu**



Petra Nicolaisen, MdB

Am ersten Arbeitstag nach den Ferien wurden durch eine Berichterstattung der Kieler Nachrichten die Kernpunkte des Gutachtens zum Kommunalen Finanzausgleich öffentlich. Die Kreisfreien Städte sollen deutlich mehr Geld erhalten. Für die Kreise sieht das Gutachten Einbußen in Höhe von etwa 45 Millionen Euro vor. Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, nannte das Ergebnis ebenso erwartbar, wie schädlich für Kreise und Gemeinden.

„Den Kreistagen wird nichts anderes übrig bleiben, als die Mehrbelastung über eine Erhöhung der Kreisumlage an die Gemeinden weiterzugeben. Damit pressen SPD, Grüne und SSW Kreise und Gemeinden nicht nur aus. Sie versuchen auch noch, einen Keil zwischen beide zu treiben“, so Nicolaisen.

Nicolaisen kritisierte darüber hinaus die Sichtweise scharf, nach der die Einbußen der Kreise geringer ausfielen, als die Entlastung durch den Wegfall der Kosten für die Grundsicherung im Alter und der Erwerbsminderung.

„Dieses Geld erhalten die Kreise vom Bund, weil ihnen die entsprechenden Kosten entstehen. Die Bundesregierung aus CDU und FDP hat dieses Geld zur Entlastung der Kreise ausgezahlt. Es ist schamlos, wenn ihnen das Geld nun vom Land wieder weg genommen werden soll“, so die Innenpolitikerin.

Am Mittwoch wurden zudem Äußerungen von Innenminister Andreas Breitner öffentlich, die Gegner des Gutachtens sollten „auf die Qualität der Argumente“ achten und „nachweisen, dass es Systemfehler enthält“.

Nicolaisen konterte umgehend: „Breitner macht sich lächerlich. Er ist für die offensichtlichen Systemfehler selbst verantwortlich“, erklärte sie. Die – bislang durch das Ministerium nicht veröffentlichte – Leistungsbeschreibung für das Gutachten habe dessen Richtung ganz klar vorgegeben. Ein anderes Ergebnis sei für die Wissenschaftler überhaupt nicht möglich gewesen. Seit Monaten sei Breitner persönlich durch die großen Städte getingelt und habe diesen Millionen versprochen.

„Breitner wusste was kommt, weil er es genau so bestellt hat“, so die CDU-Abgeordnete. Über die Änderung des Finanzausgleiches wollten SPD, Grüne und SSW Gemeindegrößen von mindestens 8000 Einwohnerinnen und Einwohnern herbeiführen. „Das ist das im Koalitionsvertrag eindeutig formulierte politische Ziel. Mit der Leistungsbeschreibung hat Breitner dafür gesorgt, dass die Gutachter entsprechende Vorschläge machen“, sagte die Innenpolitikerin.

Landwirte, Jäger und Fischer fühlen sich in ihrer Existenz bedroht CDU-Fraktion stellt Anträge für die kommende Landtagsitzung

An diesem Mittwoch schmiedeten Landwirte, Jäger und Fischer ein Aktionsbündnis. Die Begründung geht aus der so genannten „Hörnumer Erklärung“ hervor: „Landwirte, Fischer und Jäger nehmen wahr, dass sie in ihren Rechten und Möglichkeiten zu wirtschaften durch die derzeitige Landespolitik bis hin zur Existenzgefährdung eingeschränkt werden.“

CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen forderte Ministerpräsident Torsten Albig auf, sich mit diesen drei Berufsgruppen unverzüglich zusammzusetzen. „Diese Politik von SPD, Grünen und SSW muss ein Ende haben“, erklärte Callsen in Kiel.

Die CDU-Landtagsfraktion brachte für die kommende Landtagsitzung zwei Anträge ein, die den Fischern, Landwirten und Jägern Entlastung bringen sollen. So fordert die CDU im Hinblick auf die Stellnetzfisherei, die Fangverbote nicht wie von Minister Habeck geplant auf bis zu acht Monate im Jahr zu erweitern (Drucksache 18/1027). In einem weiteren Antrag (Drucksache 18/1028) fordert die CDU-Fraktion die Regierung auf, von ihren aktuellen Überlegungen zum Grünlanderhaltungsgesetz, zum Tierschutzverbandsklagerecht, zum Landesjagdgesetz und zur Küstenfishereiordnung Abstand zu nehmen.

Callsen betonte in dieser Woche, neben den Beamten und Handwerkern seien nun weitere Berufsgruppen in ihrem Vertrauen auf Gespräche mit der Landesregierung bitter enttäuscht worden. Im ersten Regierungsjahr von SPD, Grünen und SSW hätten die Berufsgruppen im Land noch auf die von Ministerpräsident Torsten Albig ausgerufene „Kultur des Dialoges“ gesetzt. Nun warnten sie: „Wer auf den Dialog mit dieser Landesregierung setzt, der gefährdet seine Existenz.“ Die Kultur des Dialoges entpuppe sich immer mehr als Strategie des Einlullens.

Den Antrag zur Stellnetzfisherei finden sie hier:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-1027.pdf>

Den Antrag zum Grünlanderhaltungsgesetz, zum Tierschutzverbandsklagerecht, zum Landesjagdgesetz und zur Küstenfishereiordnung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-1028.pdf>

CDU-Fraktion fordert zielführende Sportförderung „Praxisbesuch“ am Olympiazentrum Schilksee

Seit dem Jahr 2006 hält das Sportinternat in Kiel-Schilksee neun Plätze für Nachwuchssportler vor. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Johannes Callsen, MdL, und die sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Barbara Ostmeier, MdL, überzeugten sich in dieser Woche von den Möglichkeiten, dort Schule, Leistungssport und Wohnen miteinander zu verbinden. Kurze Wege und ein nahezu „Full-Service“ mit diversen Einrichtungen wie Krafraum, Physiotherapie und einer Schwimmhalle für Ausdauertrainings stellen gute Rahmenbedingungen für den Sportnachwuchs dar. „Ich bin nicht nur beeindruckt von den erbrachten Leistungen und der positiven Leistungsbereitschaft dieser jungen Menschen, sondern auch von der hervorragenden Arbeit, die hier am Stützpunkt in Kiel geleistet wird. Wir merken, dass die jungen Leute Leistung erbringen wollen und sie ihrer Freude am Segelsport intensiv nachgehen können“, resümierte Ostmeier nach einem Gespräch mit der Leiterin Petra Homeyer und Nachwuchssportlern.

Fraktionschef Callsen begrüßte, dass Kiel Anfang des Jahres auch Bundesstützpunkt des Deutschen Segler-Verbandes (DSV) geworden ist. „Olympiastützpunkt, Bundesstützpunkt und Sportinternat bilden im Segeln gemeinsam ein Alleinstellungsmerkmal für Schleswig-Holstein. Das ist eine optimale Grundlage dafür, den Standort in der Landeshauptstadt auszubauen“, sagte Callsen. Er spielte damit auf den Antrag seiner Fraktion zur „Gründung einer eigenen Eliteschule des Sports für Schleswig-Holstein“ an. „Hätten wir in Kiel auch eine Eliteschule wäre das hervorragend“, bestätigte Nachwuchsssegler Fabian Graf die CDU-Position. Er hatte vorher eine Eliteschule des Sports in Berlin besucht. „Dort sind die auf maximal 20 Schüler begrenzten Klassen ausschließlich mit Sportlern besetzt. Lehrer fungieren häufig gleichzeitig als Trainer“, erläuterte er das Prinzip.



Auf dem Foto (von links nach rechts): CDU-Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen, MdL, Fabian Graf (17, Berlin), Petra Homeyer, Leiterin des Sportinternats des OSP Hamburg(Schleswig-Holstein, Barbara Ostmeier, MdL, Theodor Bauer (18, Malchin), Audi Sailing Team Germany und Max Stengele (15, Strande)

CDU-Fraktion zu Gast bei Meeresforschern Informationsbesuch beim Helmholtz-Institut für Ozeanforschung – GEOMAR in Kiel

Abgeordnete der CDU-Fraktion haben sich in der Sommerpause davon überzeugt, dass die noch durch die CDU-geführte Vorgängerregierung initiierte Überführung des IFM-GEOMAR in die Helmholtz-Gesellschaft erfolgreich verlaufen ist. Astrid Damerow, stellv.

Fraktionsvorsitzende und europapolitische Sprecherin, Petra Nicolaisen, innenpolitische Sprecherin, und der Hochschulpolitiker Daniel Günther nutzten die sitzungsfreie Zeit für einen Termin beim Helmholtz- Institut für Ozeanforschung in Kiel.

Der Leiter der Kommunikationsabteilung, Dr. Andreas Villwock, stellte eingehend die vier Schwerpunktfelder der wissenschaftlichen Arbeit dar: Die Rolle des Ozeans im Klimawandel, der menschliche Einfluss auf marine Ökosysteme, biologische, mineralische und energetische Ressourcen sowie Plattentektonik und maritime Naturgewalten.

Neben den theoretischen Darstellungen konnten die Besucher ganz praktisch auch Tauch- und Messgeräte, Gesteinsproben und Labore in Augenschein nehmen. Die Delegation zeigte sich von der Vielseitigkeit der Forschungen beeindruckt. „Mit dem Helmholtzinstitut hat Schleswig-Holstein ein weltweit anerkanntes maritimes Forschungsinstitut, das stolz auf seine Leistungen sein kann. Besonders erfreulich ist es zu hören, dass die Überführung in die Helmholtz Gemeinschaft heute für das Institut als gewinnbringend und förderlich bewertet wird“, so Damerow. Daniel Günther lobte, dass die 850 Mitarbeiter auch intensiv den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern und eng mit der CAU (Christian-Albrechts Universität zu Kiel) kooperieren.

Einen neuen Meilenstein für die weitere Arbeit bedeutet die in Kürze beginnende bauliche Erweiterung und Konzentration des Instituts auf dem ehemaligen Seefischmarktgelände in Wellingdorf direkt an der Schwentinemündung am Kieler Ostufer. Für 90 Millionen Euro entstehen neue Forschungslabore, Büros und weitere Arbeitsräume, um die Arbeit zu optimieren.

Die Abgeordneten waren sich einig, sich in der parlamentarischen Arbeit weiter für Fördermöglichkeiten für das Institut einzusetzen.



Dr. Andreas Villwock erläutert anhand des Globusses die Haupteinsatzgebiete des Helmholtzinzituts auf den Weltmeeren

Nicolaisen auf der Konferenz der Innenminister von CDU und CSU Jegliche Form des Extremismus muss bekämpft werden

Am 08. und 09.07.2013 nahm die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, an der Konferenz der Innenminister und Innensenatoren von CDU und CSU in Nürnberg teil.

Neben der Frage einer Modernisierung des Ausweisungs- und Abschiebungsrechts, die in der nächsten Legislaturperiode weiter verfolgt werden soll, ging es dort um die Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels sowie um den Schutz der Opfer. Die Minister und Senatoren begrüßten dabei eine entsprechende EU-Richtlinie, die hier zu Verbesserungen

führen soll.

Auch das Problem des Handels und des Schmuggels von "Crystal" (Synthetische Droge) war ein Thema der Gespräche. Hier forderten die CDU-Politiker ein konsequentes Vorgehen. Ebenfalls müsse darüber gesprochen werden, wie der Erwerb und Konsum verhindert werden könne.

Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass die effektive Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen eine Daueraufgabe bleiben muss. Ein mögliches NPD-Verbot sei dabei nur ein Schritt von vielen.

Nicolaisen wies in diesem Zusammenhang aber darauf hin, dass auch andere extremistische Strömungen nicht aus dem Auge verloren werden dürften. Auch von radikalisierten Gruppen aus dem linksextremistischen und islamistischen Lager gehe weiter Gefahr aus.

Der Dank der Politiker galt all denen, die bei der Bewältigung des Hochwasseres aus dem Juni 2013 im Einsatz waren.

Petra Nicolaisen zog abschließend ein positives Fazit der Tagung:
"Wir haben viele zentrale Fragen angesprochen. Dabei ist deutlich geworden, dass es in der Union weitgehende Einigkeit bei den wichtigen innenpolitischen Themen gibt."



Teilnehmer der Tagung mit Bundesinnenminister Friedrich

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de